

Der Text dieser Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare, im offiziellen Amtsblatt veröffentlichte Text.

## **Prüfungsordnung für das Masterstudium Medien - Ethik - Religion an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der Universität Erlangen-Nürnberg**

**Vom 9. Dezember 2008**

geändert durch Satzung vom  
24. November 2009

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2, 1. Halbsatz, Art. 43 Abs. 5, Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

§ 1	Geltungsbereich.....	2
§ 2	Abschlussgrad .....	2
§ 3	Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen; Regelstudienzeit .....	2
§ 4	ECTS-Punkte .....	2
§ 5	Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise.....	3
§ 6	Prüfungsfristen, Folgen der Fristversäumnis .....	3
§ 7	Prüfungsausschuss.....	3
§ 8	Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht.....	4
§ 9	Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden; Anmeldung, Rücktritt.....	5
§ 10	Zulassungskommission.....	5
§ 11	Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen .....	5
§ 12	Ordnungsverstoß, Täuschung .....	7
§ 13	Entzug akademischer Grade .....	7
§ 14	Mängel im Prüfungsverfahren.....	7
§ 15	Schriftliche Prüfung.....	7
§ 16	Mündliche Prüfung.....	8
§ 17	Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote .....	8
§ 18	Ungültigkeit der Prüfung .....	9
§ 19	Einsicht in die Prüfungsakten.....	9
§ 20	Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde .....	9
§ 21	Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung .....	10
§ 22	Nachteilsausgleich.....	10
§ 23	Qualifikation zum Masterstudium.....	10
§ 24	Zulassung .....	11
§ 25	Masterprüfung.....	11
§ 26	Masterarbeit.....	11
§ 27	Kolloquium zur Masterarbeit .....	12
§ 28	Wiederholung.....	13
§ 29	In-Kraft-Treten .....	13

## **§ 1 Geltungsbereich, Ziele des Studiums**

(1) Diese Prüfungsordnung regelt Zugang und Prüfungen im nicht-konsekutiven Masterstudiengang „Medien - Ethik - Religion“ mit dem Abschlussziel eines Master of Arts.

(2) <sup>1</sup>Der Master of Arts „Medien - Ethik - Religion“ ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss eines stärker anwendungsorientierten Masterstudiums. <sup>2</sup>Das Studium befasst sich mit den Herausforderungen, die sich im Spannungsfeld von Massenmedien, Ethik und Religion gegenwärtig in besonderer Dringlichkeit ergeben. <sup>3</sup>Der Studiengang vermittelt eine breit gefächerte Praxisausbildung mit gleichzeitiger wissenschaftlicher Reflexion. <sup>4</sup>Neben der kompetenten Einschätzung religiöser Phänomene zielt er vor allem auf die Vermittlung journalistischer und medienethischer Kompetenzen. <sup>5</sup>Der Schwerpunkt ‚Religion und Medien‘ zielt im Besonderen auf die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten, die bei einem allgemeinen oder kirchlichen Medium kompetent über religiöse und kirchliche Phänomene berichten sollen. <sup>6</sup>Mit dem Schwerpunkt ‚Medienethik‘ qualifiziert das Masterstudium insbesondere für Tätigkeitsfelder im Bereich der Medienkontrollorgane sowie für den Bereich der Erwachsenenbildung, der politischen Bildung sowie für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit von Non-Profit-Organisationen. <sup>7</sup>Die Einrichtung eines Masterstudiengangs mit dem Schwerpunkt Medienethik erleichtert eine politische Begleitung der Medienentwicklung durch Menschen, die in ethischer Entscheidungsfindung geschult sind.

(3) Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

1. vertiefte Kenntnisse der Grundlagen und der wesentlichen Forschungsergebnisse in den in Abs. 2 beschriebenen Gebieten ihres Masterstudiums erworben haben,
2. die Fähigkeit besitzen, nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu arbeiten, und
3. auf die (u.a. journalistische) Berufspraxis vorbereitet sind.

## **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Prüfungen wird der akademische Grad Master of Arts (abgekürzt: M.A.) verliehen, der auch mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden kann.

## **§ 3 Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen; Regelstudienzeit**

(1) <sup>1</sup>Das Masterstudium wird mit der Masterprüfung abgeschlossen. <sup>2</sup>Sie besteht aus sämtlichen dem Masterstudium zugeordneten Modulen einschließlich des Moduls Masterarbeit.

(2) <sup>1</sup>Die Regelstudienzeit des Masterstudiums einschließlich der Prüfungen beträgt vier Semester. <sup>2</sup>Zum erfolgreichen Abschluss sind 120 ECTS-Punkte erforderlich.

## **§ 4 ECTS-Punkte**

(1) <sup>1</sup>Die Organisation von Studium und Prüfungen beruhen auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). <sup>2</sup>Das Studiensemester ist mit 30 ECTS-Punkten veranschlagt. <sup>3</sup>Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden.

(2) <sup>1</sup>ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. <sup>2</sup>Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

## **§ 5 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise**

(1) <sup>1</sup>Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist eine zeitlich zusammenhängende und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) <sup>1</sup>Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. <sup>2</sup>Diese Prüfung kann in einer Prüfungsleistung, in einer aus mehreren Teilprüfungen zusammengesetzten Prüfungsleistung, in einer Studienleistung oder in mehreren Studienleistungen oder aus einer Kombination aus Prüfungs- und Studienleistungen bestehen. <sup>3</sup>ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. <sup>4</sup>Studienbegleitende Modulprüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters angeboten werden.

(3) <sup>1</sup>**Prüfungsleistungen** und **Studienleistungen** messen den Erfolg der Studierenden. <sup>2</sup>Sie können schriftlich, mündlich oder in anderer Form erfolgen. <sup>3</sup>Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. <sup>4</sup>Bei Studienleistungen kann sich die Bewertung auf die Feststellung der erfolgreichen Teilnahme beschränken.

## **§ 6 Prüfungsfristen, Folgen der Fristversäumnis**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten in der Masterprüfung bis zum Ende des Regeltermins erworben ist. <sup>2</sup>Regeltermin ist das letzte Semester der Regelstudienzeit. <sup>3</sup>Der Regeltermin nach Satz 2 darf in der Masterprüfung um ein Semester überschritten werden (Überschreitungsfrist). <sup>4</sup>Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 3 erworben wurde, es sei denn, die Studierende oder der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Absatz 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtengesetz, §§ 12 bis 15 Urlaubsverordnung.

(3) <sup>1</sup>Die Gründe nach den Absätzen 1 und 2 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden angerechnet. <sup>3</sup>Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der Prüferin oder dem Prüfer geltend gemacht werden; in Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

## **§ 7 Prüfungsausschuss**

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. <sup>2</sup>Dem Prüfungsausschuss gehören drei Mitglieder an: <sup>2</sup>Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. <sup>3</sup>Wählbar sind alle der Fakultät hauptberuflich angehörenden Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss bestimmt ein Mitglied für drei Jahre zu der oder dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. <sup>5</sup>Die oder der Vorsitzende kann ihr

oder ihm oder dem Prüfungsausschuss obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses zur Erledigung übertragen.

(2) <sup>1</sup>Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Be-  
nehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prü-  
fungen. <sup>2</sup>Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehal-  
ten werden. <sup>3</sup>Er trifft alle anfallenden Entscheidungen mit Ausnahme der eigentlichen  
Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden sowie des Erlasses der  
Prüfungsbescheide als Aufgabe des Prüfungsamts. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss über-  
prüft die Bewertung der Prüfungsleistungen auf ihre Rechtmäßigkeit. <sup>5</sup>Die Mitglieder  
des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der  
Prüfungen.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich  
unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die  
Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Er beschließt mit der  
Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>3</sup>Stimmenthaltung, geheime Ab-  
stimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>4</sup>Bei Stimmengleichheit  
gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein.  
<sup>2</sup>Sie oder er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Ent-  
scheidungen allein zu treffen. <sup>3</sup>Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in  
Kenntnis zu setzen. <sup>4</sup>Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts an-  
deres bestimmt, der Prüfungsausschuss der oder dem Vorsitzenden die Erledigung  
einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(5) <sup>1</sup>Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten  
beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit  
einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>2</sup>Der Studierenden oder dem Studieren-  
den ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.  
<sup>3</sup>Widerspruchsbescheide erlässt die Rektorin oder der Rektor, in fachlich-  
prüfungsrechtlichen Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach  
Anhörung der zuständigen Prüfenden.

### **§ 8 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden. <sup>2</sup>Es können alle nach dem Baye-  
rischen Hochschulgesetz und der Hochschulprüferverordnung in der jeweils gelten-  
den Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt werden. <sup>3</sup>Scheidet  
ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt dessen Prüfungsberechtigung  
in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(2) Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig wer-  
dender Wechsel der Prüferin oder des Prüfers ist zulässig.

(3) <sup>1</sup>Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer kann bestellt werden, wer das entsprechende  
oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. <sup>2</sup>Die Beisitzerin  
oder der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin oder hauptber-  
uflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

(4) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(5) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

### **§ 9 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden; Anmeldung, Rücktritt**

(1) <sup>1</sup>Spätestens eine Woche vor Vorlesungsbeginn jedes Semesters werden Art und Umfang der Prüfungen in einem öffentlich zugänglichen Modulkatalog veröffentlicht. <sup>2</sup>Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden gibt das Prüfungsamt rechtzeitig ortsüblich bekannt.

(2) <sup>1</sup>Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. <sup>2</sup>Die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden vier Wochen vorher ortsüblich bekannt gegeben.

(3) <sup>1</sup>Unbeschadet der Fristen gemäß §§ 6, 28 ist ein Rücktritt von schriftlichen und mündlichen Prüfungen ohne Angabe von Gründen zulässig. <sup>2</sup>Der Rücktritt ist bis eine Woche vor dem Prüfungstag gegenüber der Prüfenden oder dem Prüfenden zu erklären; §§ 187 bis 193 BGB gelten für die Fristberechnung entsprechend. <sup>3</sup>Die Folgen eines verspäteten Rücktritts richten sich nach § 12 Abs. 1.

### **§ 10 Zulassungskommission**

(1) Die Prüfung der Qualifikations- und Zulassungsvoraussetzungen zum Masterstudium obliegt der Zulassungskommission.

(2) <sup>1</sup>Die Zulassungskommission besteht mindestens aus einer Professorin oder einem Professor als der Vorsitzenden oder dem Vorsitzendem, einer weiteren Hochschullehrerin oder einem weiteren Hochschullehrer und einer oder einem hauptberuflich im Dienst der Universität stehenden wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder Mitarbeiter. <sup>2</sup>Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat für eine Amtszeit von drei Jahren bestellt; Wiederbestellung ist möglich. <sup>3</sup>§ 7 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 gelten entsprechend.

### **§ 11 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen im selben Diplom- oder Masterstudiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.

(2) <sup>1</sup>Studienzeiten, Module, Studienleistungen, Zwischen- und Diplomvorprüfungen und andere Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen an dieser oder einer anderen in- oder ausländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule werden anerkannt, außer wenn sie nicht gleichwertig sind. <sup>2</sup>Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzzeit, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des Studiums nach dieser Prüfungsordnung im Wesentlichen entsprechen. <sup>3</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>4</sup>Für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten, Modulen, Prüfungs- und Studienleistungen an ausländischen

Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. <sup>5</sup>Im Ausland erbrachte Module, Prüfungen und sonstige Leistungsnachweise können maximal im Umfang von 60 ECTS-Punkten angerechnet werden; die Anrechnung der Masterarbeit ist ausgeschlossen. <sup>6</sup>Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuss. <sup>7</sup>Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder gehört werden.

(3) Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien werden entsprechend angerechnet beziehungsweise anerkannt, es sei denn, sie sind nicht gleichwertig; entsprechendes gilt für die erfolgreiche Teilnahme an Lehrangeboten der Virtuellen Hochschule Bayern.

(4) Studienzeiten an Fachhochschulen und dabei erbrachte Module, Studien- und Prüfungsleistungen werden angerechnet beziehungsweise anerkannt, soweit sie den Anforderungen des weiteren Studiums entsprechen.

(5) <sup>1</sup>Auf Leistungsnachweise propädeutischer Lehrveranstaltungen und berufspraktische Tätigkeiten werden einschlägige Berufs- oder Schulausbildungen angerechnet, soweit sie gleichwertig sind. <sup>2</sup>Studien- und Prüfungsleistungen einer mit Erfolg abgeschlossenen Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien werden angerechnet, soweit sie von Inhalt und Niveau den Studien- und Prüfungsleistungen nach dieser Prüfungsordnung gleichwertig sind. <sup>3</sup>Der Anteil der anrechenbaren Kenntnisse und Fähigkeiten, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben worden sind, darf maximal 50% des vorgeschriebenen Hochschulstudiums betragen.

(6) <sup>1</sup>Module, Studien- und Prüfungsleistungen, die für einen anderen bereits bestandenen Studienabschluss als Leistungsnachweise vorgelegt worden sind, können für einen Studiengang nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr anerkannt werden. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann hiervon Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn es sich um propädeutische Veranstaltungen handelt, und diese weniger als 50 Prozent der in dem Studium nach dieser Prüfungsordnung geforderten Leistungsnachweise ausmachen.

(7) <sup>1</sup>Wer die Anrechnung beziehungsweise Anerkennung beantragt, muss die erforderlichen Unterlagen vor Antritt der zu ersetzenden Prüfung der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorlegen. <sup>2</sup>Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 6 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung beziehungsweise Anrechnung. <sup>3</sup>Die Entscheidung trifft die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Anhörung der vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin oder des Fachvertreters; die Entscheidung ergeht schriftlich.

(8) <sup>1</sup>Die Noten anerkannter oder angerechneter Prüfungen und Studienleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend § 17 gebildet wurden. <sup>2</sup>Die Tatsache der Übernahme wird im Zeugnis vermerkt. <sup>3</sup>Beruhet die Anrechnung auf mehreren Einzelleistungen, so dass eine Notenbildung nicht möglich ist, oder entspricht das Notensystem der angerechneten Prüfungs- oder Studienleistung nicht § 17, so wird in das Zeugnis unter Angabe der Hochschule nur ein Anerkennungsvermerk 'bestan-

den' aufgenommen, eine Notenwiedergabe oder eine Notenumrechnung unterbleiben.

### **§ 12 Ordnungsverstoß, Täuschung**

(1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet und damit als nicht bestanden, wenn die Studierende oder der Studierende von einer Prüfung ohne triftige Gründe verspätet zurücktritt. <sup>2</sup>Die für den Rücktritt oder die Versäumnis nach Satz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt. <sup>4</sup>In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

(2) <sup>1</sup>Bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>2</sup>Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der oder dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(3) Die Entscheidung über den Ausschluss von der weiteren Teilnahme an der Prüfung trifft der Prüfungsausschuss.

### **§ 13 Entzug akademischer Grade**

Der Entzug des Bachelor- oder Mastergrades richtet sich nach Art. Art. 69 BayH-SchG.

### **§ 14 Mängel im Prüfungsverfahren**

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag einer Studierenden oder eines Studierenden oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einer oder einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der Prüferin oder dem Prüfer geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

### **§ 15 Schriftliche Prüfungen**

(1) In den schriftlichen Prüfungen (Klausur oder journalistische Hausarbeit) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können.

(2) <sup>1</sup>Die Prüfungsdauer der Klausur beträgt 90 Minuten, für das Verfassen der journalistischen Hausarbeit wird (einschließlich Recherche) eine Woche zur Verfügung gestellt. <sup>2</sup>Schriftliche Prüfungen sind grundsätzlich von der Erstellerin oder dem Erstel-

ler der Aufgabe bewertet. <sup>3</sup>Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete schriftliche Prüfung ist von zwei Prüfenden zu bewerten.

### § 16 Mündliche Prüfungen

(1) <sup>1</sup>In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in Anwesenheit einer Beisitzerin oder eines Beisitzers statt, die oder der von der Prüferin oder dem Prüfer bestellt wird.

(2) <sup>1</sup>Die Dauer der mündlichen Prüfungen beträgt ca. 30 Minuten. <sup>2</sup>§ 15 Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz gilt entsprechend.

(3) In der mündlichen Prüfung vor mehreren prüfungsberechtigten Personen setzt jeder Prüfende die Note nach § 17 fest.

(4) <sup>1</sup>Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen ist: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin oder des Beisitzers und der Studierenden oder des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. <sup>2</sup>Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin oder dem Beisitzer unterzeichnet. <sup>3</sup>Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich.

(5) <sup>1</sup>Zu mündlichen Prüfungen werden Studierende, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen; auf Verlangen einer Prüfungskandidatin oder eines Prüfungskandidaten werden Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

### § 17 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) <sup>1</sup>Die Urteile über die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

**sehr gut** = (1,0 oder 1,3) eine hervorragende Leistung;

**gut** = (1,7 oder 2,0 oder 2,3) eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;

**befriedigend** = (2,7 oder 3,0 oder 3,3) eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;

**ausreichend** = (3,7 oder 4,0) eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;

**nicht ausreichend** = (4,3 oder 4,7 oder 5,0) eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

<sup>2</sup>Eine Prüfung (§ 6 Abs. 2) ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet ist. <sup>3</sup>Bei unbenoteten Prüfungen (§ 5 Abs. 3 Satz 4) lautet die Bewertung „mit Erfolg teilgenommen“ oder „nicht mit Erfolg teilgenommen.“ <sup>4</sup>Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen bestanden sind. <sup>5</sup>Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten, so ergibt sich die Note aus dem Mittel der Einzelnoten; Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gesamtnote der Masterprüfung und der Module lautet:  
bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut



bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut  
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend  
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend.

<sup>2</sup>Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung. <sup>3</sup>Wird keine benotete Prüfung abgehalten, lautet die Bewertung des bestandenen Moduls „mit Erfolg teilgenommen“.

(3) <sup>1</sup>In die Gesamtnote der Masterprüfung gehen die Modulnoten mit dem Gewicht der ECTS-Punkte ihres Moduls ein. <sup>2</sup>Bei der Berechnung der Gesamtnote wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; die weiteren Stellen entfallen ohne Rundung.

### **§ 18 Ungültigkeit der Prüfung**

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushängung der Urkunde bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushängung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der Studierenden oder dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) <sup>1</sup>Die unrichtige Urkunde wird eingezogen; es wird gegebenenfalls eine neue Urkunde ausgestellt. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

### **§ 19 Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Nach Abschluss der einzelnen Prüfungsverfahren erhält die Studierende oder der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und die Prüfungsprotokolle.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe bei dem für die Einsicht zuständigen Prüfungsorgan zu stellen. <sup>2</sup>Die Einsicht wird durch den Prüfer gewährt, soweit nicht das Prüfungsamt zuständig ist; näheres regelt der Prüfungsausschuss. <sup>3</sup>Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, die Frist nach Satz 1 einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) in der jeweils geltenden Fassung beantragen.

### **§ 20 Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde**

(1) Wer einen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat, erhält möglichst innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis, ein Transcript of Records, ein Diploma Supplement und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades.

(2) <sup>1</sup>Das Zeugnis enthält die Module und Modulnoten und die Gesamtnote der Masterprüfung. <sup>2</sup>Das Transcript of Records führt alle besuchten Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. <sup>3</sup>Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und

deutscher Sprache ausgestellt. <sup>4</sup>Näheres zum Diploma Supplement, insbesondere zum Inhalt, bestimmt der Prüfungsausschuss. <sup>5</sup>Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie in den Dokumenten nach Abs. 1 nicht mehr berücksichtigt werden.

### **§ 21 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung**

Wer die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Modulprüfungen erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

### **§ 22 Nachteilsausgleich**

(1) <sup>1</sup>Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

(2) Für Schwangere, die bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden, gilt Abs. 1 entsprechend.

(3) Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen.

### **Besonderer Teil:**

### **§ 23 Qualifikation zum Masterstudium**

(1) <sup>1</sup>Qualifikationsvoraussetzungen zu diesem Masterstudium ist ein mit überdurchschnittlichem Erfolg abgeschlossenes Fachstudium vorwiegend aus dem geistes-, rechts- oder wirtschaftswissenschaftlichen Bereich.

<sup>2</sup>Die Qualifikation nach Satz 1 Nr. 1 wird nachgewiesen durch ein Zeugnis über

1. die Bachelorprüfung in einem einschlägigen Studiengang an einer deutschen oder ausländischen Universität,
2. die Diplom- oder Bachelorprüfung einer deutschen Fachhochschule oder
3. einen dem Abschluss in Nr. 1 vergleichbaren in- oder ausländischer Hochschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss oder andere nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz als vergleichbar anzusehende Abschlüsse.

(2) <sup>1</sup>Bewerberinnen oder Bewerber sollen den entsprechenden Studiengang wenigstens mit der Gesamtnote 2,5 (= gut) abgeschlossen haben. <sup>2</sup>Sie müssen das Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß **Anlage 1** zu dieser Prüfungsordnung bestanden haben.

(3) <sup>1</sup>Die Abschlüsse nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 und 3 müssen der Bachelorprüfung nach Nr. 1 gleichwertig sein. <sup>2</sup>Ist die Gleichwertigkeit nicht voll gegeben, kann vorse-

hen werden, dass die Zulassungskommission die Zulassung unter Auflagen ausspricht, die spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzuweisen sind.

## § 24 Zulassung

(1) <sup>1</sup>Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Prüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. <sup>2</sup>Zu versagen ist die Zulassung, wenn

1. in der Anlage vorgeschriebene Nachweise nicht vorliegen
2. die der Zulassung zum Studium zugrunde liegende Bachelorprüfung oder der vergleichbare Abschluss oder die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist oder als endgültig nicht bestanden gilt
3. die Zwischenprüfung oder die Theologische Aufnahmeprüfung nicht bestanden ist
4. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

(2) Ist die Zulassung zu den Prüfungen des Studiengangs zu versagen, so ist unverzüglich die Entscheidung zu treffen, schriftlich mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Studierenden oder dem Studierenden bekannt zu geben.

## § 25 Masterprüfung

<sup>1</sup>Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Masterarbeit <sup>2</sup>Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Masterarbeit nach der Anlage 2 bestanden sind.

## § 26 Mastermodul / Masterarbeit

(1) <sup>1</sup>Das Mastermodul umfasst die **Masterarbeit** und das **Kolloquium zur Masterarbeit** (vgl. § 27) und ist mit 30 ECTS bewertet. <sup>2</sup>Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. <sup>3</sup>Sie soll zeigen, dass die Studierende oder der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Bereich „Medien - Ethik - Religion“ selbständig und nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. <sup>4</sup>Die Masterarbeit darf nicht mit einer früher vorgelegten Diplom-, Magister- oder Masterarbeit oder Dissertation in wesentlichen Teilen übereinstimmen. <sup>5</sup>Sie soll 100 Seiten nicht überschreiten und ist mit 29 ECTS-Punkten bewertet.

(2) <sup>1</sup>Die Studierenden sorgen dafür, dass sie ein Thema für die Masterarbeit erhalten. <sup>2</sup>Thema und Tag der Ausgabe sind von der Betreuerin oder vom Betreuer zu bestätigen und beim Prüfungsausschuss mitzuteilen. <sup>3</sup>Gelingt es der Studierenden oder dem Studierenden trotz ernsthafter Bemühungen nicht, ein Thema zu erhalten, weist die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin oder einem Fachvertreter der Studierenden oder dem Studierenden auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin oder einen Betreuer zu.

(3) <sup>1</sup>Die an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie hauptberuflich in diesem Studiengang tätigen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sind zur Vergabe einer Masterarbeit berechtigt. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten und regeln.

(4) <sup>1</sup>Die Zeit von der Themenstellung bis zur Ablieferung der Masterarbeit darf vier Monate nicht überschreiten; das Thema muss so begrenzt sein, dass es innerhalb

dieser Frist bearbeitet werden kann. <sup>2</sup>Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungsfrist ausnahmsweise um höchstens drei Monate verlängern. <sup>3</sup>Weist die Studierende oder der Studierende durch ärztliches Zeugnis nach, dass sie oder er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist.

(5) <sup>1</sup>Das Thema kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. <sup>2</sup>Andernfalls wird die Masterarbeit bei Rückgabe des Themas mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(6) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache abzufassen. <sup>2</sup>Die Masterarbeit enthält am Ende eine Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einen kurz gefassten Lebenslauf der Verfasserin oder des Verfassers. <sup>3</sup>Die Titelseite ist nach dem vom Prüfungsausschuss beschlossenen Muster zu gestalten. <sup>4</sup>Die Masterarbeit muss mit einer Erklärung der Studierenden oder des Studierenden versehen sein, dass die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. <sup>5</sup>Die Masterarbeit ist in drei Exemplaren bei der Betreuerin oder dem Betreuer abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist schriftlich festzuhalten. <sup>6</sup>Wird die Masterarbeit nicht fristgerecht abgegeben, wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(7) <sup>1</sup>Die Masterarbeit wird in der Regel von der Betreuerin oder dem Betreuer beurteilt; § 15 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. <sup>2</sup>Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wirkt daraufhin, dass die Masterarbeit innerhalb eines Monats begutachtet ist.

(8) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist angenommen, wenn sie mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. <sup>2</sup>Sie ist abgelehnt, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet ist.

(9) <sup>1</sup>Ist die Masterarbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Studierende oder der Studierende sorgt dafür, dass sie oder er innerhalb des nach der Bekanntgabe der Ablehnung folgenden Semesters ein neues Thema für die Wiederholung der Masterarbeit erhält; andernfalls gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden. <sup>3</sup>Für die Wiederholung der Masterarbeit gelten die Abs. 1 bis 8 entsprechend; eine Rückgabe des Themas ist ausgeschlossen. <sup>4</sup>Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann, sofern dies nach Lage der Gutachten nicht ausgeschlossen ist, mit dem Einverständnis der Studierenden oder des Studierenden gestatten, eine überarbeitete Fassung der Masterarbeit innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe der Ablehnung vorzulegen; im Falle der Umarbeitung gelten die Abs. 1 bis 8 entsprechend.

## **§ 27 Kolloquium zur Masterarbeit**

<sup>1</sup>Das Kolloquium zur Masterarbeit dauert etwa 30 Minuten; es besteht jeweils zur Hälfte aus

1. einem etwa 15-minütigen Vortrag, in dem die Abschlussarbeit vorgestellt wird, und
2. einer etwa 15-minütigen Disputation über die Arbeit.

<sup>2</sup>Das Kolloquium zur Masterarbeit findet vor in der Regel zwei Prüfern statt, von denen mindestens einer Gutachter der wissenschaftlichen Abschlussarbeit gewesen sein soll. <sup>3</sup>Es ist mit 1 ECTS-Punkt bewertet.

### **§ 28 Wiederholung**

(1) <sup>1</sup>Mit Ausnahme der Masterarbeit kann jede nicht bestandene Modulprüfung zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt. <sup>3</sup>Die Wiederholungsprüfung muss spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses abgelegt sein. <sup>4</sup>Die Frist zur Wiederholung wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen. <sup>5</sup>Bei Versäumung der Wiederholung oder der Wiederholungsfrist gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der Studierenden oder dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt. <sup>6</sup>Die Regeln über Mutterschutz und Erziehungsurlaub (§ 7 Abs. 2) finden Anwendung.

(2) <sup>1</sup>Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung desselben Moduls ist nicht zulässig. <sup>2</sup>Statt nicht bestandener Module können jedoch andere, alternativ angebotene Module absolviert werden; die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden angerechnet. <sup>3</sup>Entsprechendes gilt für Module, die im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 6 zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen besucht und abgeschlossen werden. <sup>4</sup>Besteht die Studierende oder der Studierende zusätzliche Module, legt sie oder er selbst fest, welche der Leistungen in die Notenberechnung eingebracht werden soll. <sup>5</sup>Die getroffene Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens vier Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses mitzuteilen. <sup>6</sup>Die Wahl wird damit bindend. <sup>7</sup>Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt von den einem Semester zugeordneten erbrachten Leistungen die bessere an. <sup>8</sup>Die nicht berücksichtigten Leistungen gehen nicht in die Note ein, sie werden im Transcript of Records ausgewiesen.

(3) Vorbehaltlich besonderer Bestimmungen können die Studierenden selbst wählen, in welcher Reihenfolge sie die Module ablegen.

### **§ 29 In - Kraft - Treten**

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## Anlage 1: Qualifikationsfeststellungsverfahren

(1) <sup>1</sup>Das Qualifikationsfeststellungsverfahren wird bei Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Studienjahr durchgeführt. <sup>2</sup>Zur Teilnahme an diesem Qualifikationsfeststellungsverfahren kann im Interesse eines zügigen weiteren Studiums auch zugelassen werden, wer unmittelbar vor Abschluss des Bachelorstudiums steht.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag auf Zulassung zum Qualifikationsfeststellungsverfahren ist bis spätestens

15. Juli zum Wintersemester

bei der Abteilung Christliche Publizistik, Kochstraße 4, 91054 Erlangen (Bewerber mit inländischer Hochschulzugangsberechtigung) bzw. dem Studentensekretariat der Universität Erlangen-Nürnberg, Halbmondstraße 6, 91054 Erlangen (Bewerber mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung). <sup>2</sup>Im Wintersemester 2007/08 endet die Bewerbungsfrist abweichend von Satz 1 am 15. September 2008.

<sup>3</sup>Dem Antrag sind beizufügen

1. das Zeugnis über den Hochschulabschluss (§ 23 Abs. 1 Satz 2) oder ein Transcript of Records und eine Bestätigung, dass die Bewerberin oder der Bewerber im laufenden Prüfungstermin zu den das Bachelorstudium abschließenden Prüfungen gemeldet ist,
2. ein Motivationsschreiben

<sup>4</sup>Im Fall von Abs. 1 Satz 2 kann allgemein oder im Einzelfall eine Frist zur Nachreichung festgesetzt werden.

(3) Nicht form- und fristgerechte Anträge führen zum Ausschluss vom Qualifikationsfeststellungsverfahren. Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Zulassungskommission.

(4) <sup>1</sup>Das Qualifikationsfeststellungsverfahren besteht aus einer Vorauswahl und einer mündlichen Prüfung mit den zu dieser zugelassenen Bewerberinnen und Bewerbern. <sup>2</sup>Die Zulassungskommission kann die Vorauswahl einzelnen von ihr beauftragten Mitgliedern übertragen.

(5) <sup>1</sup>In der Vorauswahl wird anhand der eingereichten Unterlagen geprüft, ob zu erwarten ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber in der mündlichen Prüfung die Eignung zum Masterstudium nachweisen kann. <sup>2</sup>Besonders qualifizierte Bewerberinnen oder Bewerber können allein aufgrund der Vorauswahl in das Masterstudium aufgenommen werden. <sup>3</sup>Als besonders qualifiziert gilt insbesondere, wer einen Abschluss nach § 23 Abs. 1 Satz 2 mit mindestens der Note 2,5 (=gut) vorweisen kann. <sup>4</sup>In besonderen Fällen kann der oder die Vorsitzende der Zulassungskommission entscheiden. <sup>5</sup>Wer nach dem Ergebnis der Vorauswahl nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen ist, erhält einen Ablehnungsbescheid; eine nochmalige Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren ist ausgeschlossen.

(6) <sup>1</sup>Wer zur mündlichen Prüfung zugelassen ist, legt diese vor zwei von der Zulassungskommission bestellten Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern ab; der Termin wird der Bewerberin oder dem Bewerber spätestens eine Woche vorher bekannt gegeben. <sup>2</sup>Die mündliche Prüfung von etwa 15 Minuten Dauer soll zeigen, ob die Bewerberin oder der Bewerber den Anforderungen dieses Masterstudiums genügt.

(7) <sup>1</sup>Die Bewertung der mündlichen Prüfung lautet bestanden oder nicht bestanden. <sup>2</sup>Ist die mündliche Prüfung bestanden, entscheidet die Zulassungskommission auf Vorschlag der Prüferinnen oder Prüfer, ob die Zulassung mit Auflagen gemäß § 28 Abs. 4 Satz 2 verbunden wird.

(8) <sup>1</sup>Wer die mündliche Prüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal zum Termin des nächsten Semesters wiederholen; Abs. 6 und 7 gelten entsprechend. <sup>2</sup>Eine weitere Wiederholung ist ausgeschlossen.

Die Kosten, die den Bewerberinnen oder Bewerbern aufgrund der Teilnahme am Auswahlgespräch entstehen, tragen diese selbst.

Anlage 2: Musterstudienplan Master Medien - Ethik - Religion  
*(Mit Ausnahme der beiden importierten Lehrveranstaltungen „Grundzüge der Kommunikationswissenschaft“ und „Grundkurs Medien“ sowie ggf. einzelner gewählter Lehrveranstaltungen des Moduls Einführung bzw. Vertiefung theologische Grundlagen werden sämtliche Lehrveranstaltungen in Seminarform durchgeführt und umfassen – sofern nicht anders angegeben – 2 Semesterwochenstunden. Die Zahl der ECTS-Punkte beträgt insgesamt 120.)*

**Erstes Studienjahr / Wintersemester:**

Modul	LV des Moduls	ECTS	Modul-Abschlussprüfung/ Dauer	ECTS gesamt
Grundlagen der Kommunikationswissenschaft	Grundzüge der Kommunikationswissenschaft (Import, 3 SWS)	5	Klausur (60 Minuten)	10
	Medienkunde Zeitung	2		
	Medienkunde elektronische Medien	3		
<b>Oder:</b> Vertiefung Kommunikations- oder Medienwissenschaft (je nach bisherigem Studienfach)	Drei Veranstaltungen mit insgesamt 6 SWS aus dem Angebot der Kommunikationswissenschaft und Theater- und Medienwissenschaft gemäß Modulbeschreibung	10	Mündliche Prüfung (ca. 15 Minuten) oder Klausur (60 Minuten)	10
Medienethik und Medienrecht	Einführung Medienethik	2	Mündliche Prüfung (ca. 15 Minuten) oder Klausur (60 Minuten)	5
	Einführung Medienrecht	3		
Theorie und Praxis des Journalismus	Theorie und Praxis des Printjournalismus (Grundkurs)	4	Journalistische Abschlussarbeit	10
	Theorie und Praxis des Radiojournalismus (Grundkurs)	3		
	Theorie und Praxis des Fernsehjournalismus (Projekt)	3		
Praxismodul I	Betreutes, vierwöchiges Medienpraktikum mit Vor- und Nachbereitung	5	Kolloquium oder Praktikumsbericht	5
				<b>30</b>

### Erstes Studienjahr / Sommersemester:

Modul	LV des Moduls	ECTS	Modul-Abschlussprüfung/ Dauer	ECTS gesamt
Vertiefung journalistische Theorie und Praxis	Theorie und Praxis des Printjournalismus / Aufbaukurs	4	Journalistische Abschlussarbeit	10
	Vertiefung journalistischer Formen (u.a. Rezension, Intensivkurs Reportage) oder Vertiefung journalistischer Gattungen (u.a. Musikjournalismus, Medizinjournalismus, Wissenschaftsjournalismus) in den Printmedien und in den elektronischen Medien (incl. Internet)	3		
	Vertiefung von Sendeformaten im Radio und Fernsehen oder Sprecherziehung / Moderation	3		
Einführung theologische Grundlagen	VL oder Seminar: Einführung Altes Testament, Neues Testament oder Kirchengeschichte	3	Mündliche Prüfung (ca 15 Minuten)	10
	VL oder Seminar: Grundzüge der Dogmatik oder Ethik im Überblick	4		
	VL oder Seminar: Einführung in die Religionswissenschaft oder VL Grundzüge einer nichtchristlichen Religion	3		
<b>Oder (je nach vorherigem Studienfach):</b>				
Vertiefung theologische Grundlagen	VL oder Seminar: Alttestamentliche, neutestamentliche oder kirchengeschichtliche Fragestellung nach Wahl	3	Mündliche Prüfung (ca. 15 Minuten)	10
	Dogmatische oder ethische Fragestellung nach Wahl	4		
	Religionswissenschaftliche Fragestellung nach Wahl	3		
Praxismodul II	Betreutes, achtwöchiges Medienpraktikum mit Vor- und Nachbereitung	10	Kolloquium oder Praktikumsbericht	10
				<b>30</b>

### Zweites Studienjahr / Wintersemester

Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Non-Profit-Organisationen, Verbandspublizistik incl. Gemeindebrief, Layout)	5	Mündliche Prüfung (ca. 15 Minuten)	5
Religion und Medien	Einführung Religion und Medien (u.a. Grundfragen des Verhältnisses von Medien und Religion, Medientheorie und Medientheologie, Sinnstiftung durch Religion und Medien, Theorieentwürfe ‚Religion und Öffentlichkeit‘)	4	Mündliche Prüfung (ca. 15 Min.) und Exkursionsbericht	10
	Vertiefung Religion und Medien (u.a. theologischer Wissenschaftsjournalismus, biblische, kirchengeschichtliche und dogmatische Themen in den Massenmedien, Theater und Religion, Weltreligionen und Massenmedien)	3		



	Mehrtägige Exkursion zu kirchlichen Medienstandorten im Inland oder im Ausland;	3		
Handlungsfelder Christliche Publizistik im Kontext der Praktischen Theologie	Kirche, Religion und Printmedien (u.a. Geschichte der evangelischen Publizistik im Kontext der allgemeinen Pressegeschichte, Religion auf dem Buchmarkt, Pressearbeit der Kirchen)	5	Mündliche Prüfung (ca. 15 Min.)	15
	Kirche, Religion und elektronische Medien (u.a. Rundfunkhomiletik, Kirche, Religion und Internet, Kirche und elektronische Medien im europäischen Bereich)	4		
	Kirche, Religion und Film (u.a. theologische Themen im Film, Kasualien im Film, kirchliche Filmarbeit, Weltreligionen im Film)	3		
	Themenfeld Praktische Theologie in publizistischer Perspektive I (u.a. Dramaturgische Homiletik, Ästhetische Bildung, Liturgik, Seelsorge)	3		
<b>Oder (je nach Schwerpunktwahl):</b>				
Handlungs- und Reflexionsfelder Medienethik	Sozialberichterstattung / ethische Themen in den Medien (u.a. Medien und Diakonie, Öffentlichkeitsarbeit einer sozialen Institution)	4	Mündliche Prüfung (ca. 15 Min.)	15
	Drei LV aus den Handlungs- und Reflexionsfeldern Medienethik (z.B. Medien und Sprache, Medien und Gewalt, Katastrophenjournalismus, Medien und Unterhaltung, Medien und Kontrolle, Medien und Medientechnik / Zukunftswerkstatt Digitales Radio)	4		
		3		
				<b>30</b>

**Zweites Studienjahr / Sommersemester**

Masterarbeit	Masterarbeit	29		30
	Kolloquium zur Masterarbeit	1		
				<b>30</b>